

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Dr. Hugh Bronson (AfD)**

vom 28. April 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 29. April 2025)

zum Thema:

Haushaltsmittel und politische Neutralität – Diakonie und Paritätischer

und **Antwort** vom 9. Mai 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 12. Mai 2025)

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Herrn Abgeordneten Dr. Hugh Bronson (AfD)

über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/22457
vom 28. April 2025
über Haushaltsmittel und politische Neutralität – Diakonie und Paritätischer

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Abgeordneten:

Der Vorsitzende des Evangelischen Werkes für Diakonie und Entwicklung e. V. (Diakonie Deutschland),
Präsident Pfarrer Rüdiger Schuch, äußert sich wie folgt: „Wer die AfD aus Überzeugung wählt, kann nicht in
der Diakonie arbeiten. Diese Leute können sich im Grunde auch nicht mehr zur Kirche zählen ... Wer sich für
die AfD einsetzt, muss gehen“.¹

¹ Diakonie-Präsident Rüdiger Schuch zum Umgang mit Rechtsextremen in der Diakonie, Diakonie Deutschland –
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., 30.04.2024,
<https://www.diakonie.de/informieren/infothek/2024/april/diakonie-praesident-ruediger-schuch-zum-umgang-mit-rechtsextremen-in-der-diakonie>

Der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, Ulrich Schneider, äußert sich wie folgt: „Es ist unbestreitbar, dass die AfD dem Grundsatz der Gleichwertigkeit und der gleichen Würde aller Menschen, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit den Kampf angesagt hat. Sollte sie an die Macht kommen, droht die systematische Entrechtung und Ausgrenzung von Millionen Menschen. Mit einer solchen Agenda kann es auf politischer und gesellschaftlicher Ebene keinen Ausgleich geben“.²

Der Paritätische Gesamtverband schreibt: „Rechtsextreme Kräfte wie die AfD greifen Menschenrechte und Demokratie in ihrer Substanz an. Ihr Erstarren bedroht besonders Menschen mit Migrationsbiographie, andere Marginalisierte und alle, die nicht ihr ausgrenzendes Weltbild passen“.³

1. Das Diakonische Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e. V. (DWBO) schreibt: „Gegen Demokratiefindlichkeit, Rassismus, Rechtsextremismus und -populismus. Im Basisseminar und den Fokusmodulen werden folgende Themen behandelt: Erscheinungsformen von Rechtspopulismus und -extremismus: Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Neuen Rechten, Identitären, Reichsbürger, AfD und NPD“.⁴

Inwieweit kann der Berliner Bürger erwarten, dass sich eine Haushaltsmittel und damit Steuermittel empfangene Wohlfahrtsinstitution wie das DWBO gegenüber eben diesem Bürger politisch neutral verhält?

2. DER PARITÄTISCHE Berlin schreibt: „Eine Schlüsselrolle für diese Sichtbarkeit nehmen die großen Demonstrationen in den Metropolen ein, die das AfD-Narrativ, die schweigende Mehrheit stünde hinter ihr und ihrer menschenfeindlichen Agenda, nachhaltig erschüttern. Der Kampf gegen die AfD wird jedoch nicht allein auf den Plätzen in Hamburg, Köln, Berlin gewonnen. Einen entscheidenden Beitrag leistet das Engagement

² Paritätischer für Verbot der AfD, DER PARITÄTISCHE Gesamtverband, 03.05.2024, <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/paritaetischer-fuer-verbot-der-afd/>: „Mit einem Appell, die Bedrohung durch die ‚Alternative für Deutschland‘ (AfD) ... für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt abzuwehren, richtet sich der Verbandsrat des Paritätischen Gesamtverbandes an staatliche Institutionen und ihre Vertreter*innen. Der Wohlfahrtsverband ermahnt die demokratischen Parteien, die Regierungen der Bundesländer sowie Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat wie auch alle staatlichen Behörden, ihren Schutzpflichten gegenüber den Menschen in Deutschland und dem Schutz der sozialen Infrastruktur vor Angriffen rechtsextremer Kräfte wie der AfD nachzukommen ... Auf Basis seiner Verbandsgrundsätze der Offenheit, Vielfalt und Toleranz versteht sich der Paritätische als Teil der zivilgesellschaftlichen Brandmauer gegen Rechtsaußen ... ‚Wir wollen, dass die AfD verboten wird‘“.

³ DER PARITÄTISCHE Gesamtverband, #RechtsextremismusStoppen: Demo in Berlin am 8. Juni um 14h [sic!], 07.05.2024, <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/rechtsextremismusstoppen-demo-in-berlin-am-8-juni-um-14h/>

⁴ Demokratie gewinnt! In Brandenburg!, Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V., 2018/19, https://www.diakonie-portal.de/diawbo-uploads/user_upload/Projekte/Demokratie_gewinnt/demokratie_gewinnt_projekt-flyer_2018_19.pdf: „Rechtspopulismus verschiebt zunehmend die Grenzen des Sagbaren, Verschwörungsideologien blühen auf, eine (laute) Minderheit fühlt sich nicht mehr repräsentiert und ist immer schwerer für den demokratischen Dialog erreichbar. Dies führt auch zu Herausforderungen in diakonischen Einrichtungen und Kirchengemeinden. Das Projekt Demokratie gewinnt! In Brandenburg! möchte Sie dabei im Umgang mit Menschenfeindlichkeit und der Förderung demokratischer Kultur unterstützen“.

derjenigen Menschen, die den Mut aufbringen, in denjenigen Orten auf die Straße zu gehen, in denen den Demokratiefeinde von rechts es in der Vergangenheit bereits teilweise oder ganz gelungen ist, rechte Dominanzräume zu schaffen.“⁵

Welche Grenzen gegenüber der ihr Mittel bewilligenden politischen Parteien setzt der Senat einer Wohlfahrtsinstitution wie DEM PARITÄTISCHEN Berlin?

3. DER PARITÄTISCHE Berlin schreibt des Weiteren: „Demokratische Werte schützen und zeigen, wie wichtig solidarischer Zusammenhalt ist! Unter dem Motto "Mutig. Menschlich. Miteinander" organisiert "Hand in Hand" am 16. Februar eine Großkundgebung für eine sozial gerechte, zukunftsfähige und solidarische Gesellschaft und gegen den von der AfD und anderen rechten Kräften geschürten Hass, die Hetze und Ausgrenzung“.⁶

Welches Mindestmaß an Toleranz, Achtung und Neutralität können der Berliner Wähler, die Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin und die Bezirksverordneten von DEM PARITÄTISCHEN Berlin erwarten? Womit ist der Punkt erreicht, an dem der Senat von Berlin diesbezüglich gegenüber einer Haushaltsmittel empfangenden Wohlfahrtsinstitution einschreiten muss?

Zu 1. bis 3.:

„Wohlfahrtsinstitutionen“ sind wie alle Organisationen im Land Berlin Grundrechtsträger.

Für sie gilt der Grundsatz der Meinungsfreiheit. Grundrechte wie die Meinungsfreiheit schützen sie vor überzogener staatlicher Einflussnahme. Insbesondere für politische Aktivitäten jenseits staatlich geförderter Maßnahmen macht der Berliner Senat den Trägern keine Vorgaben und achtet die Autonomie der Rechtspersonen.

Für zuwendungsfinanzierte Projekte oder Institutionen gelten die im Zuwendungsbescheid niedergelegten Bestimmungen. Diese Bestimmungen beziehen sich in der Regel auf die zur Zielerreichung notwendigen Maßnahmen. Verstöße gegen die Bestimmungen werden im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung zuwendungsrechtlich geahndet.

Im Übrigen ist der Senat von Berlin nicht befugt, Zuwendungsempfängenden in Hinblick auf die Veranstaltung von Demonstrationen Vorgaben zu machen, sofern diese nicht Gegenstand einer Förderung sind. Verlautbarungen jenseits der konkreten staatlich geförderten Projektumsetzung sind Ausdruck einer Grundrechtsausübung, die die vollziehende Gewalt zu gewährleisten, nicht zu beschneiden, hat (Art. 1 Abs. 3 GG).

⁵ Bündnis "Zusammen für Demokratie" gegen Bedrohung durch Rechtsextremismus, DER PARITÄTISCHE Berlin, 02.04.2024, <https://www.paritaet-berlin.de/aktuelles/detail/buendnis-zusammen-fuer-demokratie-gegen-bedrohung-durch-rechtsextremismus>

⁶ Mutig. Menschlich. Miteinander – Kundgebung am 16. Februar, DER PARITÄTISCHE Berlin, 11.02.2025, <https://www.paritaet-berlin.de/aktuelles/detail/mutig-menschlich-miteinander-kundgebung-am-16-februar>

Des Weiteren begrüßt der Senat von Berlin alle Aktivitäten, die sich für den Schutz und Erhalt der freiheitlich-demokratischen Grundordnung einsetzen.

Berlin, den 09. Mai 2025.

In Vertretung

Aziz B o z k u r t

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung